

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 292-294. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhofs 2500-2507

Die Aufnahme der Militärkontrollnote

Die Note Macdonalds und Herriots über die Frage der militärischen Kontrolle hat ein doppeltes Echo in Deutschland gefunden. Die Presse, die eine Verständigung ernsthaft will, sieht in dieser Note den Beginn einer neuen Methode, den Ausdruck einer Gesinnung, die Voraussetzung zur Verständigung ist. Die „Bosnische Zeitung“ faßt diesen Eindruck zusammen in den Sätzen:

„Herriot und Ramsay Macdonald sprechen zu dem Chef der deutschen Regierung, von dem sie voraussetzen, daß er ein bereitwilliger Mitarbeiter an dem großen Werk der Schaffung eines wirklichen Friedens ist, in einer ganz offeneren, freimütigen Sprache, in der sogar ein Ton von Herzlichkeit mitschwingt. Die Ankündigung, daß die Politik der Einschränkung und Gehässigkeit ersetzt werden sollte durch guten Willen und Zusammenarbeit wird hier zum ersten Male verwirklicht, wenigstens in der Form. Aus jeder Zeile des Briefes spricht der Wunsch, der deutschen Regierung einen Schritt zu erleichtern, dessen Beabsichtigung der Aufmerksamkeit der Völker selbstbewußter Völker nicht entgangen sein kann.“

„Germania“ und „Berliner Tageblatt“ stellen die innere Verantwortlichkeit jener Kreise fest, die Deutschland die Suppe der militärischen Kontrolle eingebracht haben: die Nationalisten, die von Wehrhaftigkeit des Volkes reden, obwohl sie im Grunde genommen nur an Züchtung gegenrevolutionärer Organisationen denken. Die „Germania“, die für die Annahme der Kontrollnote eintritt, setzt den Nationalisten auseinander:

„Dabei laufen doch die gesamten militärischen Spielereien unserer Jugend doch nur auf eine durchaus nicht ungefährliche Selbsttäuschung über die Anforderungen eines künftigen Krieges hinaus und lassen jeden Anlaß zur Entwicklung des politischen Sinnes im Keime verflümmern.“

Dieser Mangel an innerer Konsequenz, dieses parteipolitische Unvermögen, aus richtigen Voraussetzungen die letzten richtigen Schlüsse zu ziehen, die innere Unwahrhaftigkeit, die der Verfestigung der hienotischen militärischen Demonstrationen zugrunde liegt, haben dazu beigetragen, die internationale Stellung des Ermittlerischen und größten Deutschenhaßers Poincaré für eine unerträglich lange Zeit zu fundamentieren.“

Das andere Echo kommt aus der Presse der Nationalisten. Es ist das stereotype Echo, an das Inland und Ausland schon gewöhnt sind, und das Stütze und wertvollster Vorwand des Poincarismus war. Um so markanter der neue Ton in der Note Macdonalds und Herriots hervortritt, um so prominenter das Festhalten der Nationalisten an dem alten hegerischen Gekröche. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer „ungewöhnlich dreisten Mahnung“, der „Tag“ von einer „Zumutung“, die „Deutsche Zeitung“ endlich schreibt:

„Ein neues Dokument, das von Deutschlands tiefer Erniedrigung zeugt. Die Regierungshäupter derjenigen Staaten, die über Millionenheere und riesige Kriegsstellen verfügen, deren Truppen im Herzen Deutschlands stehen und die sich anschicken, dem elenden deutschen Volke die letzten Groschen als Kriegskontribution abzupressen, sie wagen es, von einer „drohenden Gefahr“ zu sprechen, Deutschland der geheimen Kriegseröffnungen zu zeihen und sprechen, Deutschland in Aussicht zu stellen, wenn die deutsche Regierung nicht den letzten Funken nationalen Bewußtseins im deutschen Volke austritt.“

Dies Echo wird im Ausland schwerlich ernst genommen werden, es wird höchstens von den Drahtziehern neuer Hege gegen Deutschland ausgenutzt werden. Dies Echo ist auch nicht fürs Ausland berechnet, sondern für die Deutschen, die der nationalstiftlichen Phrase nachlaufen. Die „Deutsche Zeitung“ freut sich schon darauf, daß die Regierung die Kontrollnote annimmt, um dann um so struppeloser jene verlogene und verantwortungslose innere Hege fortsetzen zu können, die sie „nationale Opposition“ nennt.

Die Bundesgenossen der Nationalisten in Deutschland kommentieren die neue Note fast mit denselben Worten wie die „Deutsche Zeitung“. Sie haben es mit der nationalen Ehre:

„Die unausgesprochenen Forderungen Macdonalds und Herriots nach der Entwaffnung Deutschlands — im Namen des Weltfriedens natürlich — sind die frechsten Provokationen. Während der französische und englische Imperialismus unter den „linken“ Regierungen zu neuen Kriegen lustig weiterrüstet, militärische Verbündnisse schließt, wollen sie ihren Pazifismus der Welt an Deutschland weisen.“

Da arbeitende Volk Deutschlands wird aber so lange die Provokationen goldbetreiber englischer und französischer Generale mitamt ihrem Hurengeißel in Deutschland zu dulden haben, bis es nicht selbst die Sache der nationalen Ehre in die Hand nimmt. Dazu ist aber die Verjagung der deutschen Verbündeten dieser Generale die Vorbedingung. Das Verhalten der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien in dieser Frage wird manchem die Augen über den Punkt „nationale Ehre“ öffnen.“

So zu lesen nicht im „Deutschen Tageblatt“, dem „Deutschen Vorwärts“ oder sonst einem völkischen, auf den Gang von Arbeitern für den Nationalismus berechneten Organ, sondern in der „Roten Fahne“. Die Verständigung marschieren. Die kriegslüsterne Katastrophopolitik aus allen Lagern lassen sie an.

Macdonald und die Abrüstung.

London, 25. Juni. (WIB.) Macdonald erklärte gestern in Glasgow, wo er das Ehrenbürgerrecht erhielt, welche Regierung auch immer an der Macht sei und wer auch immer an der Spitze dieser Regierung stehe, eine oder zwei elementare Tatsachen müßten erkannt werden: die Gesetze der Wirtschaft würden nicht von den Regierungen gemacht und alle Regierungen müßten zusehen, daß der Handel so kräftig wie irgend möglich gefördert werde. Es sei daher die erste Pflicht des Staatssekretärs des Innern, die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen und zuzusehen, daß die mühsam eingebrachten Einkünfte des Staates nicht für Verteidigungszwecke ausgegeben würden, die, wenn die Welt vernünftig wäre, nicht notwendig sein würden. Macdonald schloß, er tue kein Bestes, um die Alliierten sowie die vormaligen Feinde Englands zu verstehen, damit durch gegenseitiges Einverständnis das Gebäude des Friedens aufgebaut werden könnte.

Militärkontrolle und Völkerbund.

In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt General a. D. von Deimling:

„Es wäre mehr als jämmerliche Kurzsichtigkeit, wenn an der im Grunde genommen doch nur untergeordneten Frage der Militärkontrolle die Lebensfrage des Eintritts des deutschen Volkes in den Völkerbund zum Scheitern käme. Ich komme eben von Genf zurück, wo ich den Sitzungen des Völkerbundes als Zuhörer beigewohnt habe, um persönliche Eindrücke zu gewinnen. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit Bundesratsmitgliedern über die allgemeine Lage zu sprechen. Von allen Seiten wünscht und erhofft man Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Auch von Frankreich wird keine Widerstand mehr stattfinden. Im Gegenteil. Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden und erhofft ihn durch Zusammenwirken im Völkerbund. Nur Deutschland steht noch abseits! Nein; wir dürfen uns den Eintritt in den Völkerbund nicht verheuen lassen durch eine Geistesrichtung, die zum Schicksal Deutschlands trotz der blutigen Lehren des Weltkriegs noch nicht begriffen hat, daß Deutschland, das Land der Mitte von Europa, nur im Zusammenwirken mit den Völkern ringsum, nicht aber in Isolation gegen sie und in Verbänden mit dem Revanchekrieg wieder hochkommen kann.“

Das Ergebnis der Besprechungen Herriots.

Austausch der Pfänder.

Paris, 25. Juni. (WIB.) Der Sonderberichterstatter des „Quotidien“ glaubt folgenden Gesamtüberblick über das Ergebnis der in England und Belgien geführten Verhandlungen geben zu können: Was die Reparationen anbetrifft, so würden die Alliierten den Austausch der Pfänder vornehmen, d. h. das Ruhrgebiet und die Rheinlande wirtschaftlich räumen, sobald die von dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Organisationen funktionsfähig sind. Sofort darauf würden Frankreich und Belgien mit der militärischen Räumung des Ruhrgebiets beginnen, die nach Maßgabe der Kommerzialisierung der deutschen Schulden fortgesetzt werden solle. Großbritannien würde Frankreich eine allgemeine schriftliche Garantie sofortiger und vollkommener Zusammenarbeit geben, im Falle Deutschland eine seiner Verpflichtungen, die der Dawes-Plan vorsehe, nicht erfüllte. Die Vereinigten Staaten würden aufgefordert werden, an der interalliierten Konferenz vom 16. Juli teilzunehmen. Das sei ein wesentlicher Punkt; denn Sir Robert Kindersley habe neulich mit Recht erklärt, das Reparationsproblem könne nur mit der finanziellen Unterstützung Amerikas geregelt werden. Was die Sicherheitsfrage anbetrifft, so sei Großbritannien geneigt, mit seinen Alliierten, insbesondere mit Frankreich, einen allgemeinen Pakt gegenseitiger Unterstützung, die im Falle eines Angriffs Deutschlands obligatorisch werde, abzuschließen. Der Völkerbund werde von nun an im europäischen politischen Leben eine immer aktivere Rolle spielen. Dadurch, daß Macdonald und Herriot im September in Genf anwesend sein würden, werde das erste Anzeichen dafür sein.

Herriots Rückkehr nach Paris.

Paris, 25. Juni. (WIB.) Herriot erklärte bei seiner Ankunft in Paris, die gestern abend um 11 Uhr erfolgte, auf Befragen: „Mein Eindruck ist ausgezeichnet. Niemals bin ich von einer Konferenz mit soviel Befriedigung und Vertrauen zurückgekehrt wie heute.“

Einigung bei der Reichsbahn.

Zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den vertragschließenden Organisationen ist es am gestrigen Dienstag zu einer Einigung über die Schaffung des neuen Tarifvertrages für die Eisenbahnarbeiter gekommen. Die Vereinbarungen wurden durch beiderseitige Unterzeichnung eines Schlußprotokolls endgültig bestätigt. Der Tarifvertrag tritt am 1. August in Kraft und läuft vorläufig bis zum 31. März 1925. In der Frage der Arbeitszeit und der Löhne ist jedoch eine monatliche Kündigung vereinbart. Neben einigen Verbesserungen erhält der neue Tarifvertrag gegenüber dem alten Tarifvertrag auch eine Reihe von Verschlechterungen, die in der Hauptsache in der Arbeitszeitordnung begründet sind.

Wahnsinn oder Methode?

Das Kampfprogramm des Landbundes.

Die Landbündler haben dem deutschen Verbraucher den Krieg erklärt. Das geschieht nicht zum ersten Male. Denn das „Durchhalten“ im Weltkrieg wurde ja von dem Landbundführer v. Oldenburg-Januschau auch mit der Drohung eingeleitet, daß man den Getreideanbau einschränken werde. In der Inflationszeit wurde die Drohung mit der Einstellung der Produktion zur ständigen Redensart bei Verhandlungen mit den Vertretern des Großgrundbesitzes. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn die Landbündler unter der Führung des Grafen Kalkreuth bei der Vertretung ihrer Forderungen nach Steuererleichterung, Kreditgewährung und Schutzzöllen, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit durchblicken lassen, daß man — angeblich weil man kein Geld hat — die Ernte verfaulen lassen will; dann das ist der Sache nach der Sinn ihrer Ausführungen, wenn man, wie es in dem Text des Berichtes heißt, „auf die Gefahr eines durch Mangel an Vermitteln herbeigeführten Stillstandes der Landwirtschaft“ hinweist. Und dieser Sinn tritt um so klarer zutage, wenn man hört, daß in einer Reihe von Versammlungen und Presseäußerungen der Bauernstreik zur Zeit der Ernte und sogar die Bauernrevolution angekündigt wurde.

Die Landbündler tun mit dem erpresserischen Auftreten ihrer Sache keineswegs einen Dienst. Der deutschen Öffentlichkeit gegenüber freilich haben sie einen Dienst erwiesen, insofern, als sie die letzten Zweifel über die politische Orientierung des Landbundes zerstreut und der Allgemeinheit klargemacht haben, daß sie zur Durchführung ihrer politischen Ziele vor keinem Mittel zurückzukehren würden. Um die deutsche Agrarwirtschaft jedoch, deren augenblickliche Notlage ihnen dem propagandistischen Vorwand zu ihren Forderungen gibt, ist es ihnen erst in letzter Linie zu tun. Davon zeugt nicht nur die in die Form eines Berichtes über ihre Verhandlungen mit dem Reichskanzler gekleidete Rundgebung, das zeigt noch deutlicher die Begründung des Grafen Kalkreuth, die über die Beweggründe des Auftretens der Landbünde erschöpfende Auskunft gibt.

Um allen Mißdeutungen vorzubeugen, müssen wir mit dem größten Nachdruck betonen, daß die Sozialdemokratie die gegenwärtige, durch die verschiedenartigen Umstände herbeigeführte Notlage der Landwirtschaft durchaus anerkennt. Ihre Notlage ist allerdings nicht die gleiche, wie sie Millionen von Verbrauchern im Weltkrieg und in der Inflationszeit am eigenen Leibe erfahren hatten — es ist noch kein Landwirt verhungert. Aber nicht gelehnet werden kann, daß die gegenwärtige Kreditnot und die Verfassung des inländischen Warenmarktes zu einem Preisdruck für Agrarerzeugnisse geführt hat, der die Gefahr einer Erstarrung der Landwirtschaft in sich schließt. Und die Sozialdemokratie hat es als selbstverständliche Pflicht angesehen, schon vor langer Zeit auf diese drohende Gefahr hinzuweisen und Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet waren, die Wirkungen eines derartigen Krisenzustandes auf die landwirtschaftliche Produktionsfähigkeit abzuschwächen, wenn nicht gar zu beseitigen. Erinnert sei nur an die Vorschläge des Genossen Otto Braun, deren Sinn und Zweck die Beseitigung der Landwirtschaft mit billigen Betriebsmaterialien war, erinnert sei ferner an das große sozialdemokratische Agrarprogramm, daß die produktionshemmenden Wirkungen aus der modernen Agrarverfassung ausmerzen und die Grundlage für eine Kräftigung des Bodenbaues bilden soll. Derartige ernstliche Vorschläge sind von den Agrariern mit Hohngelächter aufgenommen worden. Und wenn sie sich heute darüber beklagen, daß die Inflation ihnen das Betriebskapital aufgezehrt hat, so muß doch daran erinnert werden, daß es die deutschnationalen Landbündler gewesen sind, die mit verlogener und von den Eigeninteressen des Großbesitzes diktiertem Demagogie eine frühere Bekämpfung der Geldentwertung in gleicher Weise abgelehnt haben, wie die Schaffung der Voraussetzungen dafür durch eine außenpolitische Verständigung. Es ist doch der Gipfel der Unwahrhaftigkeit, wenn jetzt der Landbundspräsident erklärt, daß deutsche Volk habe während der Inflationszeit „aus den Wertpapieren bis zur restlosen Vernichtung des Kapitals gelebt“, während einwandfrei feststeht, daß gerade aus diesem Prozeß, der die Enteignung des Mittelstandes zur Folge hatte, die Landwirtschaft durch die Zurückzahlung ihrer Hypothekenschulden großen Nutzen gezogen hat, einen Nutzen, den sie nicht in ihrer eigenen Tasche behalten darf und behalten wird, wenn die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftskraft eine Entschädigung der von der Inflation am schwersten getroffenen Volksschichten zwangsläufig erfordert.

Genau so wie die Sozialdemokratie die landwirtschaftliche Krise zum Gegenstand ihrer Beratungen auf dem letzten Parteitag gemacht hat, so wird sie auch jetzt und in aller Zukunft eine vernünftige Agrarpolitik unterstützen. Die Landbündler aber wollen keine vernünftige Agrarpolitik, sie wollen die erneute Stärkung des Großgrundbesitzes, und sie verbinden damit in höchst plumper Weise die Forderung nach der Wiederaufrichtung des alten Wirtschaftssystems der Kaiserzeit, also die wirtschaftspolitische Restauration und gleichzeitig die Sabotage des Dawes-Berichtes, die einer neuen Vernichtung der deutschen Währung gleichkommt.

Wenn die Landwirtschaft Steuererleichterungen auf dem Kreditwege will, so hat sie mit der erpresserischen

Wahrnehmung dieser Forderung einen Stoß in die Luft gemacht. Denn das Reichsfinanzministerium hat erst kürzlich einen Erlaß herausgebracht, der eine zinslose Stundung von Steuern vorsieht, wenn die Gefahr einer Stilllegung des Betriebes gegeben ist. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser Erlaß besonders mit Rücksicht auf die Landwirtschaft herausgebracht wurde, daß sie also hierin schon ihre Forderung erreicht haben, ehe sie sie ausgesprochen. Alle übrigen Forderungen haben mit der gegenwärtigen Krise nur wenig zu tun. Die Bereitstellung von besonderen Krediten für die Landwirtschaft ist fraglos ein dringendes Erfordernis. Man wird sie aber mit Vorstellungen bei der Regierung nicht erreichen können, da Regierung und Reichsbank in ihrer Kreditpolitik solange von der Sorge um die Erhaltung der Währung geleitet werden müssen, als wir eben keine Goldwährung haben. Der Landbund aber tut sein übriges, um die Errichtung einer Goldnotenbank von vornherein unmöglich zu machen; führte doch Graf Kautsky nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

Ueber alle diese inneren Fragen hinaus aber darf die Landwirtschaft nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die größte Bedrohung der einheimischen Wirtschaft vom Auslande kommt. Wir müssen den Mut haben, dem Auslande zu sagen, daß wir vor der Reite stehen. So lange wir aber im Gegenzug dazu sogar noch Zahlungen versprechen, werden wir immer weiter in das wirtschaftliche Chaos hineinkommen. Dieses Chaos wird seine Hauptauswirkung in einem immer stärkeren Anwachsen des Bolschewismus haben. Hierin liegt die Gefahr für das deutsche Volk zu bemerken, sieht die Landwirtschaft als ihre Hauptaufgabe an, auf deren Erfüllung sie alle Kraft einsetzen wird.

Mit anderen Worten: das Dawes-Gutachten wird abgelehnt, eine Forderung, die die Landbündler mit den Kommunisten teilen, und es nimmt sich ganz eigenartig aus, wenn der Landbund mit großer Bestimmtheit dem Reiche im Falle der Ablehnung seiner Forderungen den Bolschewismus verpricht. Man könnte fast auf den Gedanken kommen, als sei die deutsch-national-kommunistische Arbeitsgemeinschaft fertig, ihr Aktionsplan perfekt.

Wenn man der Landwirtschaft mit Krediten helfen will, so müssen wir endlich aus dieser ewigen Sorge und dem entsetzlichen Krampf heraus, mit dem wir in Deutschland die Fiktion einer Währung zu verteidigen haben. Denn die Rentenmark ist nichts anderes als eine Fiktion. Sie ist von vornherein ungeeignet für den internationalen Zahlungsverkehr, auf den Deutschland durch seinen Außenhandel angewiesen ist, sie ist ein Notbehelf, der so bald als möglich durch ein Zahlungsmittel von internationalem Wert ersetzt werden muß. Wollen wir aber die Goldwährung erreichen, so ist die Annahme des Dawes-Gutachtens dazu Vorbedingung. Kredite für die Landwirtschaft fordern und das Gutachten ablehnen, das ist ein unlösbarer Widerspruch.

Auch die Frage der Umänderung der Steuergesetze, die von den Landbündlern aufgerollt wurde, ist keine Frage, die mit der augenblicklichen Not zusammenhängt, besonders dann nicht, wenn die Möglichkeit der Stundung der Steuern gegeben ist. Sie wird vielmehr im Rahmen der allgemeinen Steuergesetzgebung zu behandeln und dann in einem Sinne zu lösen sein, der gleichzeitig dem Finanzbedarf des Reiches und seinen außenpolitischen Verpflichtungen sowie der Lage der Landwirtschaft Rechnung trägt. Es ist sehr wohl denkbar, daß man durch Vereinfachung und gerechtere Handhabung der Steuern den Wünschen der Landwirte in hohem Maße entgegenkommen kann, ohne die Tatsache aus dem Auge zu verlieren, daß auch die Landwirtschaft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ihren Tribut zur Aufrechterhaltung der staatlichen Gemeinschaft zu zahlen hat.

Wer den Landbündlern den Rat gegeben hat, unter Hinweis auf die gegenwärtige Agrarkrise den Schutz zoll zu verlangen, kann sich wirklich sein Vergeßgeld zurückzahlen lassen. Schutzzölle können nur wirken, wenn die ausländischen Getreidepreise unter denen des Inlandes liegen.

Heute aber liegen die Preise der Agrarprodukte des Auslandes über denen des Inlandesgetreides, das heißt, daß das Ausland den deutschen Getreidepreis keinesfalls unterbieten kann. Welchen Sinn es haben soll, gerade jetzt Schutzzölle zu fordern, ist daher unerfindlich. Geradezu verächtlich aber müßte es an, wenn man in demselben Atem, mit dem man sich über hohe Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel beklagt, diese Schutzzölle nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Industrie verlangt. Die Landbündler wollen also offenbar die Produktionsmittel noch weiter verteuern. Daß sie damit bei der heutigen Lage des Weltmarktes mit seinen überhöhten Fabrikpreisen die Gewinne, die sie in einer ferneren Zukunft von den Schutzzöllen erwarten, an die Industrie abgeben, merkt diese Sorte von perantwärtlichen Führern gar nicht. Dabei könnten sie sich über alle diese Fragen bei einem Manne erkundigen, der ihren Reichen sehr nahesteht, dem Dr. Georg Wilhelm Schiele-Kaumburg; dieser Mann setzt sich mit aller Entschiedenheit gegen Agrarzölle ein und sprach gelassen das Wort aus, daß ein Getreidepreis von 200 M. je Tonne eine neue Inflation bedeutet!

Aber um Agrarpolitik ist es den Landbündlern ja gar nicht zu tun. In klassischer Anbetung überholter Formen der Wirtschaftspolitik, die heute nicht mehr anwendbar sind, tragen sie Forderungen vor, die als Wahnsinn anmuten. Hinter dem Wahnsinn der Forderungen aber erscheint deutlich die Methode und Ziel des Kampfes. Man will eben um jeden Preis die wirtschaftliche Reaktion. Auch der Preis, daß Millionen Volksgenossen hungern und verhungern, ist ihnen nicht zu hoch, sonst würde man sich hüten, so leichtfertig die Drohung mit der Stilllegung der Landwirtschaft auszusprechen. Nicht nur die Industriearbeiter, auch die vielen kleinen Landwirte, die sich in das Lager des Landbundes haben locken lassen, sollten sich diese ihre Führer einmal ansehen!

Die agrarische Offensive.

Fortschritt des Druckes des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund hat sich mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten gewandt, in dem er seine bereits mündlich vorgetragenen Forderungen wiederholt. In diesem Schreiben sind die Forderungen über steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft im einzelnen formuliert. Der Reichslandbund fordert:

Die Vermögenssteuerveranlagung ist zur Vermeidung der jetzt zweifelslos bestehenden Sonderbelastung der Landwirtschaft auf Grund eines neuen und richtig zu ermittelnden Beitragswertes durchzuführen und die Entwertungsabläufe den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen.

Sofortige Ermäßigung der Umsatzsteuer und Befreiung der Bedienung ausländischer landwirtschaftlicher Produkte bei der Umsatzsteuer. Bei verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten (z. B. Mehl) muß ein Ausgleich gegenüber den inländischen Produkten geschaffen werden.

Bindende Erklärungen der Regierung, daß sie bei der kommenden Neugestaltung des Einkommensteuergesetzes für die Landwirtschaft eine Sondersteuer oder besondere Art der Besteuerung im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen nicht beabsichtigt. Auch sind Vorarbeiten zu ergreifen, welche den kleinen wie den großen Landwirten einander gleichstellen und ihre Besteuerung nach dem Wirtschaftsjahr sicherstellen.

Gegen die Übergriffe der Länder gegenüber der Landwirtschaft auf steuerlichem Gebiet (Grundsteuer, Hauszinssteuer, Zugtiersteuer usw.) ist seitens des Reiches einzuschreiten.

Die Regierung muß klar und unzweideutig erklären, daß die Besteuerung der Landwirtschaft da ihre Grenze findet, wo die Leistungsfähigkeit des Betriebes aufhört und eine Lähmung der Produktion eintritt.

Zur Unterstützung dieser Forderungen hat die deutsch-nationale Reichstagsfraktion eine Interpellation im Reichstoge eingebracht. Die Deutschnationalen und die Agrarier rufen zum Kampf um die Verteilung der Lasten der Reparation.

Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie.

Im Mai und Juni fanden mehrere erweiterte Versammlungen des Parteivorstandes der russischen Sozialdemokratie statt, an denen sowohl die in Russland wie auch die im Ausland lebenden Genossen teilnahmen. Zu den Sitzungen waren außerdem eine Reihe bekannter Parteigenossen hinzugezogen. Als Hauptergebnis erscheint jetzt das neue ausführliche und detaillierte Aktionsprogramm der russischen Sozialdemokratie, das die Richtlinien ihrer Politik für die nächste Zukunft festlegt.

Das neue Aktionsprogramm verwirft die Diktatur der russischen Kommunistenführer, die mit der Zeit des Aufbaues unvereinbar ist, jede fortschrittliche Entwicklung hemmt und Sowjets und Demokratie nur auf dem Papier kennt. Das Programm fordert die demokratische Republik, stellt aber in Anbetracht der schweren Kampfbedingungen des Proletariats und um die Einigung mit den kommunistischen Arbeitern zu erleichtern, zunächst nicht die parlamentarische demokratische Republik, sondern einen

freiwilligen Sowjetstaat als Mindestforderung

auf. Das wird in dem neuen Programm folgendermaßen formuliert: „Als Mindestbedingung für die Möglichkeit einer solchen Arbeit erachtet die russische Sozialdemokratie die Durchführung der jetzt tatsächlich ausgehobenen Sowjetverfassung und stellt deshalb folgende aktuelle Forderungen:

1. Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Vereine, des Gewissens. Unantastbarkeit der Person.
2. Aberaumung freier Neuwahlen der Dorf-, Kreis-, Bezirks- und Gouvernementsräte.
3. Unerschütterlichkeit und bedingungslose Aufhebung der Todesstrafe.
4. Sofortige Beseitigung der Tscheka und aller anderen Terrororgane.
5. Beseitigung der Militär- und Ausnahmegerichte. Übergabe aller dort schwebenden Prozesse an die normalen Gerichte mit Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit und Parteilosigkeit, der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens und Garantie für eine einseitige Verteidigung der Interessen der Angeklagten.
6. Volle Amnestie für alle politischen Verbannten, Eingesperrten, Wiederaufnahmeverfahren bei allen Urteilen in kriminellen und religiösen Angelegenheiten und Aufhebung jeglicher administrativer Rechtseingriffe.
7. Beseitigung der Privilegien der KKP. und der Kom. Intern. und die Einstellung jeglicher geldlichen Unterstützung aus Staatsmitteln an beide.
8. Volkshandige Freiheit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung. Streikfreiheit, freie Neuwahlen der Fabrikkomitees.“

August und Heinrich.

Die Brügelknaben des Moskauer Kongresses.

Es ist ein eigenartliches Ding um das intime Leben der kommunistischen Partei. Es schiebt abseits vom Strom. Sie sind in all diesen Dingen eine typische Sektenpartei. Vliest man die Debatten „über die Oktoberereignisse in Deutschland“ nach dem Bericht der „Roten Fahne“ durch, so hat man den Eindruck einer Familienauseinandersetzung. Da tanzen sich Heinrich, August, Meins und wie die Größen alle heißen. Warum der Bericht nicht ruhig von Brandier, Thalheimer und Guralnik spricht, das ist den Außenstehenden unverständlich. Obre Geheimnisräumerei geht es nun aber in der KPD nicht ab. August (Thalheimer) verteidigt die „alte Garde, welche eine Brücke zwischen der Zweiten und der Dritten Internationale darstellt“. Offenbar meint er damit sich und Redel. Auch bei dieser Debatte zeigt sich wieder, daß der Fortschritt der europäischen Sozialdemokratie die Hauptursache der inneren Differenzen in der kommunistischen Internationale ist. Thalheimer betont:

„Es sei zweifelhaft, ob gegen die demokratisch-pazifistische Welle mit richtigen Methoden gekämpft wird.“

Um so rücksichtsloser und demagogischer gehen die Vertreter der Linken vor:

„Die Reden Böttchers und Hederts im sächsischen Landtage waren eine banale Komödie. Die Partei rief die Eisenbahner nicht auf, keine Truppen gegen Sachsen zu befördern, obwohl es klar

Mittsommer.

Von Svend Fleuxon (Kopenhagen).

June, liebliche Mittsommerzeit — schönste Tage des Landmannes. Zu diesem dem Unterholz den wehenden Kaprisiosienhut auf, blüht Brombeere und Holunder an der Hecke ins weisse Bams. Auf den schwellenden Büfen des Mooses legt du eine Füllgränbroche aus Strohblättern, windest um den schlanken Leib des Baches ein buntes Band von Reis und Bergknechtling. Hestest an die Seiten des Hügel das lustige Köchchen der Roggenähre und ziehst über des Talstrichs Fuß den durchbrochenen Blütenstrumpf.

Nun wird die Egge an den weißgeflackten Stallflügel gehängt, der Pflug unter Dach gefahrt, und unten auf der Wiefe stehen alle die Arbeitsmähdren des Herrenhofes und halten Ferien.

Bedrossen sich beugt die erste; das Kreuz eingekollt, der Rücken gebuchtet von Sattel und Selen; die Wähne steht zottelig empor und gleitet nach der einen Seite spärlich hinab wie Haar eines alternden Weibertopfes. Die Augen sind geschlossen, das Maul schludt schräg ums Gebiß und die Ohren liegen lang zurück. Würstlich, wunderbar schaut der Gaul drein; er hat das Ganze satt.

Doch nicht die Pferde sind das Interessanteste an der Wiefe... wie die Menschen nicht das Interessanteste an der Welt. Pferde, Menschen sind fast alle eins: gebeugter Kopf, Strohwickel am Ohr — Achtung, er schlägt!

Beil man uns einmal über die Stoffigkeitsgrenze hinaus angezogen hat, uns täglich belastet, weil man Weisheit und Stolz, Schwert und Kreuz anwendet und die ewigen, einfachen Wahrheiten vergeffen hat, die da handeln von... drum schloffen wir und beissen wir.

Und das alles ist wenig interessant.

Aber vielleicht fällt das Füllen am meisten in die Augen; das Füllen mit der blanken, schmelzenden Farbe, das nach Herzenslust umherstollt und voller Vertrauen ist zu jeder Hand, die es streichen will. Haben wir nicht selber einmal Füllensfüßchen in uns gehabt und gefeiben, mochten es fährte? Sind wir nicht wie Fohlen über alle Felder gesprungen, haben ungeniert vom Roggen gefressen und von den saftigen Auenblättern, vom Baume des Lebens und der Erkenntnis? Und wurden wir nicht unversehens in die Selen gelegt, bekamen wir nicht Gebiß, Scheuklappen an und Bügel auch? Wurden uns nicht die Stränge angeknallt? Ziehen wir nicht?

Nein, auch mit dem Füllen ist es nichts.

Die Blumen, die sind es.

Am Mittsommer ist der Natur großes Festfeuerwerk in vollem Gange: Rot pufft auf, Gelb strahlt, Violett zittert. Grün und Weiß und Blau schweben vom Auge — leuchtendes Sommerfestspiel.

Und die Blumen auf dem Felde geben einen ähnlichen Eindruck. Am Sommertage wird unter dem gewaltigen Regensturz der Natur

gefeueri: Rohn zündet seine Feuer an in der niedrigen Hecke, die Flammen des Ackerseins lecken die ruhigen Furchen der Bracherbe entlang, Kornreben zucken aus dem Weizen auf, und zwischen den Arien des Roggens leuchten blaue Kornblumen hervor. Ein lodernder Brand — darüber rauchender Blütenstaub.

Die Egge hängt an der Stallwand, die Sämaschine ist beiseite gestellt — und die Samenörner, die vor kaum zwei Monaten ausgebreitet wurden, sind emporgekommen und haben sich in dem großen Weizenfeld behauptet. Bleich und zart standen die Keime den einen Tag, hellgrün schlatternd den nächsten. Dann strich der Wind die Erde emkang, bekam die Keimblätter zu fassen, wie ein feiner Kamm in widerpenstiges Haar fohst, und zwang sie nach seinem Willen: das Feld erhielt Form.

Und Sonne glüht, Regen kühl, Tau und Tagewechsel durch Wochen geben dem Stengel der Frühlingsart Kraft; sie verliert den hellgrünen Schein, das Jugendliche schwindet, an seine Stelle tritt ein eigenartlich tiefer, dunkelgrüner, vielleicht etwas harter Ton, Gesehtheit, Strebamkeit, Zielbewußtheit kündend. Das Feld bekommt Fülle.

Mit Siebenmeilenschritten geht's dem Reifen zu. Der Roggen blüht, der Staub der bläulichen Köhren wogt in Wölkchen vom Winde, auf, nieder, im Kreise. Ein Landmann kann nicht umhin zu hören, wie die Köhren sich brüsten. Jehrlich, bietet die eine. Fünfzehn, eine andere. Achtzehn! Neunzehn! Und ich will zwanzig geben! Erhöhende Rufe schwirren durch die Luft. Die Natur hält auf den freien Wettbewerb. Just im Juni nimmt er das Wort, in der Blumenprache.

Der Weizen aber öffnet sich erst soeben. Es barsten alle die grünen Stengel in der obersten Nahl, und ein schwerer Köhrenlobben steckte die Seite hervor. Um ein Kleines ist die Ähre frei, und wenn der Wind übers Feld dahinjagt, biegt er Kopf zu Kopf. Dann raunt es seltsam, summt und flüstert von Lust des Lebens. Dann schloßt sich das Reie, Kommende. Und die Gerste lachst, der Hafer hat eilig, er blüht zuletzt von den Gräsern.

Brutztreiber ward der Roggen, als die Zeit der Reigungen vorbei war; der Weizen wird's auch werden, dann die Gerste und dann der Hafer.

Brodsang packt auch dich und mich einmal. — — — Leb wohl dann, Mittsommer!

Dichter und Künstler für den Achtstundentagskampf des Proletariats. Folgender Aufruf geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„An alle Künstler und geistige Schaffende! Liebe Freunde, Kameraden und Kollegen! Überall in ganz Deutschland stehen die Arbeiter im Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages. Acht Stunden sollen die Arbeiter freimüßig ihren Körper an die Maschine. Acht Stunden sollen sie ihren Verstand freimüßig in den Apparat der Industrie, Acht Stunden sollen sie

mechanische, geisttätende Tätigkeit üben, acht Stunden ihren ausgemergelten, müden Körper schaffen lassen. Acht Stunden! All die Leute, die nicht wissen, was es bedeutet, acht Stunden immer dieselbe Hebelbewegung auszuführen, acht Stunden bis 1800 Meter unter der Erde zu schaffen oder vor den höllischen Feuern der Dampfessel und Hochöfen zu stehen, diese Leute fallen über den Arbeiter her. Sie wollen — sie fordern, daß der Arbeiter seinen stehenden, unterernährten Körper nicht nur acht, sondern zehn, zwölf Stunden schutzen läßt. Wohngemerkt, die wollen ihn zwingen, die für sich das Recht an Gewinn der Arbeit in Anspruch nehmen, die sich ammaßen, Träger der Kultur zu sein. Jede Stunde Arbeit mehr bedeutet für den Arbeiter Ausschluß an der Teilnahme und an dem Genuß der Kunst.

Das Recht ist auf Seiten der Arbeiter. Wir Künstler stellen das fest. Wir können nicht ruhig mit ansehen, wie das Recht des Menschen auf seinen Körper, auf Kultur aller Menschlichkeit zum Nichts mit Füßen getreten wird. Hunderttausende Arbeiter stehen im Kampf, sind von ihren Arbeitgebern ausgesperrt, weil sie nur acht Stunden schaffen wollen. Wir müssen ihnen zu Hilfe eilen, müssen uns mit unserer Kunst, unserer Feder für sie einsetzen. Überall in Deutschland, soweit es noch nicht geschehen, müssen sich die Künstler zu Arbeitsausschüssen zusammenschließen, Veranstaltungen arrangieren, um den für den Achtstundentag kämpfenden Arbeiter auch materielle Hilfe zu bringen. Das ist unsere Pflicht.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von Hans Baufschel, Alfons Baquet, Ernst Teller, Heinrich Jülle, Wilhelm Osterle, Willibald Krahn u. a.

Die Not der Volksbibliotheken. Bei der diesjährigen Versammlung des „Verbandes deutscher Volksbibliothekare“ in Erfurt wurde vielfach die Not der Volksbibliotheken hervorgehoben, die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vergangenen Jahres und den Beamtenabbau stark gefährdet und beschädigt sind. Dabei nimmt der Andrang der Besucher auf den Büchereien fast allerorts dauernd zu. Die vielfach erst vor dem Kriege ins Leben getretenen Bibliotheken, die schon in den Kriegsjahren unter härtesten Nennungen zu leiden hatten, sind dem Ansturm des Publikums fast nirgends recht geworden. Es wurde als dringende Notwendigkeit hervorgehoben, daß diese Mittelpunkte der freien Bildungsbestrebungen größere Unterstützung als bisher durch Staat und Gemeinden finden.

Leidenschaftiger durch Verfeinerung. Dr. Decio Vapponi, der Sohn des früheren päpstlichen Leibmedizins, hat wie das „Giornale d'Italia“ meldet, kürzlich der Herzogin von Rom mehrere Leichen vorgeführt, die er seit zwei Jahren durch sein Verfahren in Stein verwandelt hat. Die Leichen sind hart wie wirklicher Stein und bewahren in ihrem Aufbau die Natürlichkeit des lebenden Körpers. Wie das römische Blatt erklärt, beschränkt sich Dr. Vapponi darauf, die Leichen zwei Stunden in ein Bad zu legen, dessen Flüssigkeit aus einer Lösung besteht, deren Zusammensetzung sein Geheimnis ist.

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, gelangt ein neues Stück des diesjährigen Sommertheaters „Angenehme Barmherzigkeit, Die Kreuzschreiber“ zur Aufführung. Regie: Hans Felty.

Gewerkschaftsbewegung

Falsche Zahlen des Reichsfinanzministers.

Dem Reichsverband der Justizbeamten wird uns geschrieben:

Nach Zeitungsmeldungen, unter anderem im „Berliner Lokal-Anzeiger“ am Sonnabend, den 21. Juni, Abendausgabe, und „Tag“ Morgenausgabe, hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Haushaltsausschuß des Reichstages eine vergleichende Uebersicht einzelner Gehaltsstufen zu den ehemaligen Kriegergehältern der Beamten gegeben. Nach seiner Angabe beziehen die Beamten der Gehaltsklasse V ohne Ortszuschlag unter Berücksichtigung des Frauenszuschlags und zweier Kinderzuschläge 109 Proz. des Friedenseinkommens.

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, was durch nachfolgende Aufstellung klar zum Ausdruck kommt.

Ein Kanzleifretär der Gehaltsklasse V bezieht nach der letzten Gehaltsregelung ab 1. Juni: Anfangsgehalt 1296 M., Endgehalt 1728 M. Hierzu tritt der Frauenszuschlag mit 120 M., weiter Kinderzuschlag für 2 Kinder (die Kinderzuschläge betragen bis zum Lebensalter von 6 Jahren 16 M., von 6 bis 14 Jahren 18 M., über 14 Jahre 20 M. monatlich) durchschnittlich gerechnet 2x18 M. = 36 M. monatlich, = jährlich 432 M. Demnach beträgt das Gesamtjahreseinkommen eines Kanzleifretärs heute 1848 M. bzw. 2250 M.

Der gleiche Beamte bezog im Frieden: bei den Lokalbehörden Anfangsgehalt 1650 M., Endgehalt 2700 M. Außer dem hatte er einen Lieberverdienst, welcher nach der Staatsumwälzung infolge Abschaffung der Heimarbeit in eine feste Zulage umgewandelt wurde. Diese Zulage betrug 400 M. bzw. 600 M., so daß das Einkommen des Kanzleifretärs 2050 M. bzw. 3300 M. betrug. Hiernach ergibt sich, daß der Kanzleifretär heute im Anfangsgehalt nur 90 Proz. und im Endgehalt nur 69 Proz. des Friedenseinkommens erhält und nicht, wie der Herr Reichsfinanzminister behauptet, 109 Proz.

Bei den Provinzialbehörden bezog derselbe Beamte ein Anfangsgehalt von 1650 M. und ein Endgehalt von 3000 M., dazu die Zulage von 400 M. bzw. 600 M. Das Einkommen dieses Beamten betrug demnach 2050 M. bzw. 3600 M. Der Prozentsatz zum Friedenseinkommen beträgt hier nur 90 Proz. bzw. 63 Proz.

Da der Reichsfinanzminister bei seiner Gegenüberstellung den Ortszuschlag hat weglassen lassen, so ist auch entsprechend dem Friedenseinkommen bei der vorstehenden Gegenüberstellung der früheren Wohnungsgeldzuschuß außer Betracht geblieben. Es ist aber von Interesse, einmal den heutigen Ortszuschlag mit dem früheren Wohnungsgeldzuschuß der oben genannten Beamten zu vergleichen. Diese Beamten erhielten als mittlere Beamte im Frieden den Wohnungsgeldzuschuß von 800 M. Heute erhalten diese Beamten einen Ortszuschlag in der Ortsklasse A von 432 M. Da bekanntlich dieser Betrag 80 Proz. vom wirklichen Ortszuschlag ist, so geht daraus hervor, daß der Ortszuschlag für diese Beamten später, wenn die Mieten auf den Friedensstand gebracht werden, nur 540 M. beträgt. 540 M. zu 800 M. ist gleichbedeutend mit einem Prozentsatz von 67 1/2 Proz. In Wirklichkeit beträgt also das Gesamteinkommen dieser Beamten mit dem vorstehend genannten Sozialzulagen zurzeit bei den Lokalbehörden im Anfangsgehalt 71 Proz. im Endgehalt 66 Proz., bei den Provinzialbehörden 71 Proz. bzw. 61 1/2 Proz. des Friedenseinkommens.

Vergleicht man aber das Gehalt eines unverheirateten Beamten der Gehaltsklasse V mit seinem Friedenseinkommen — und diese Zahlen sind in Wirklichkeit allein miteinander vergleichbar — dann ist das Verhältnis ein noch weit ungünstigeres. Denn dann fallen die Sozialzuschläge für Familienmitglieder, die der Reichsfinanzminister als Gehalt rechnet, ganz fort. Ohne Ortszuschlag bzw. Wohnungsgeld beträgt demnach das Gehalt bei den Lokalbehörden nur 64,8 bzw. 52,36 Proz., bei den Provinzialbehörden 64,8 bzw. 48 Proz. Es sehen in Wirklichkeit die 109 Proz. Friedenseinkommen aus, die der Reichsfinanzminister dem Haushaltsausschuß vorgezeichnet hat.

Es steht demnach fest, daß die Behauptung des Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß des Reichstages nicht den Tatsachen entspricht. Es kann Herrn Dr. Luther nur empfohlen werden, bevor er solche Erklärungen abgibt, sich bei den zuständigen Dienststellen genauer zu informieren, damit im Reichstag und in der Öffentlichkeit kein falsches Bild über die Beamtenbesoldung entsteht. Die Beamten der vorgenannten Gruppen erheben schärfsten Protest gegen ein solches Gebahren.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Am Sonntag waren die Bevollmächtigten aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Ortsgruppen des Bezirks Ost in Frankfurt a. O. zusammen. Nach einleitenden Referaten wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

Die Konferenz nimmt von dem Verhandlungsergebnis Kenntnis. Sie erklärt, daß das Ergebnis als ein Erfolg der Organisation zu buchen ist, obgleich nicht restlos alle Forderungen durchgesetzt werden konnten. Daß die 10. Arbeitsstunde in den Bahnmotoren gefaßt ist, begrüßt sie freudig. Die Konferenz fordert aber ungeduldet das bisher Erzielte: 1. Einführung von befristeten Posten für die Bahnunterhaltungsarbeiter gleich den übrigen Dienstzweigen.

2. Sofortige Revision der jetzigen unhaltbaren Dienstbauernordnungen, die nicht nur die Gesundheit des Personals untergraben, sondern auch eine Gefahr für die Reisenden bedeuten. 3. Durchsetzung der Bezahlung der 9. Arbeitsstunde als Lieberstunde. 4. Einwirkung auf die politischen Parteien die von der Regierung angeforderte neue Besoldungsanträge zu beschleunigen, zu einem für die unteren Gruppen erträglichem Abschluß zu bringen und deren Auswirkung auf die unteren Gruppen der Lohnempfänger auszuweihen.

Sie fälschen wie sie atmen.

Das nationalsozialistische Blatt, dessen beispiellose Fälschungen hier festgesetzt wurden, verliert sich herauszureden. Dabei beweist es aber nur nochmals, daß es gar nicht anders kann, als fälschen. Es zitiert jetzt wörtlich den entzwei geschnittenen Satz: Es ist den Gewerkschaften nicht eingefallen, von den Unternehmern die Anerkennung einer grundsätzlichen Forderung zu verlangen. Die ein Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nun einmal, ohne zu lügen, nicht anerkennen kann.

Einige Zeilen weiter unten verfälscht das Blatt, das seine Bester offenbar für Idioten hält, den klaren Sinn dieses Satzes folgendermaßen:

„Sie stellen keine grundsätzlichen Forderungen auf, die die Kapitalisten ohne zu lügen nicht anerkennen könnten“, das bedeutet doch, daß die Gewerkschaften auf jede sozialistische Forderung zugunsten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verzichteten.

Das Blatt der Stenogramme und Resonanz hält seine Leser für so hirnlos, daß es die groteske Fälschung des Zitats unter Anführungszeichen setzt, als zitierte es wörtlich. Wir sagen: Die Gewerkschaften haben von den Unternehmern nicht die Anerkennung einer Forderung verlangt, die ein Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ohne zu lügen, nicht anerkennen kann. Das nationalsozialistische Blatt aber fälscht, die Gewerkschaften stellten keine Forderungen auf, die die Kapitalisten nicht anerkennen können.

Selbstverständlich haben auch die kommunistischen Gewerkschaften niemals von den Unternehmern die Anerkennung der Diktatur des Proletariats oder ähnliche kommunistische Forderungen verlangt. Sie haben aber ebenso selbstverständlich nicht darauf verzichtet, diese Forderungen aufzustellen, deren Durchführung, wenn sie möglich wäre, nicht von einer heuchlerischen Anerkennung durch die Kapitalisten, sondern davon abhängt, ob die Arbeiter-schaft in ihrer Gesamtheit sie zur ihren macht. Ebenso denkt kein Sozialdemokrat daran, die Sozialisierung etwa von der Anerkennung durch die Kapitalisten abhängig zu machen. Das wäre Blödsinn. Man muß schon die Fälschungsgewohnheit zur zweiten Natur haben, um an dem einen solchen Blödsinn unterzustellen.

Wenn im übrigen das nationalsozialistische Fälscherblatt mit einer Retourkutsche auszuwarten versucht, weil wir nicht den Artikel über „Streikstrategie“ vollständig abgedruckt haben, so beweisen die angeblich unterschlagenen Sätze, daß wir sinngemäß zitiert haben. Wir haben diese und andere Stellen aber nur deshalb weggelassen, um den Lesern die Uebersetzung, daß es sich um die Lehren eines Kommunisten und nicht eines „reformistischen Sozialisten“ handelt, bis zum Schluß aufzuspüren.

In derselben Nummer des Fälscherblatts beschwert sich der kommunistische Branchenleiter der Kohler über, daß wir auf seine erste Fälschung der von uns veröffentlichten Tatsache nicht reagiert haben. Er fügt einige weitere Fälschungen hinzu, die wir ebenso verachten. Wir hoffen, daß die „bomierten SPD-Beute“ unter den Kohlergegnern seiner traurigen Herrschaft ein schnelles Ende bereiten werden.

Protest der Kommunalbeamten.

Der Ortsausschuß Berlin der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter hatte die Kommunalbeamten zu einer Protestversammlung gegen die neue Besoldungsordnung zusammengerufen. Der Referent händelte vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB), geistliche das Wachstum des Finanzministeriums, Besoldungsordnung genannt, in scharfer Weise. Er zeigte, wie die hohen und höheren Beamtengruppen Zulagen bis zu 70 Proz. erhalten haben, während die unteren Gruppen sich mit etwa 17 Proz. begnügen sollten. Das Anfangsgehalt eines Beamten der Gruppe 3, in der überwiegende Teile der Beamenschaft eingereiht sind, beträgt nach der Aufbesserung ganze 111 M.; die Gruppe 13 bezieht dagegen monatlich 928 M. Man hat es auch durchgesetzt, daß die Spanne zwischen den Gruppen wieder die Vorkriegshöhe erreicht hat. Während es im Jahre 1920 gelungen war, die Spanne zwischen den Gehältern im Verhältnis von 1 : 2,8 zu finden, ist sie jetzt wieder auf 1 : 6,7 vergrößert worden. Der Redner verurteilte sehr nachdrücklich das innige Zusammenarbeiten des Reichsfinanzministeriums mit der bürgerlichen Presse, die stets in der Lage war, bereits vor Abschluß der Verhandlungen die Öffentlichkeit im Sinne des Finanzministeriums zu beeinflussen. Die Einstellung des Deutschen Beamtenbundes (ADB), der bürgerlichen Konkurrenzorganisation des ADB, bei den Gehaltsverhandlungen ist vom Standpunkt echter Gewerkschaftsarbeit aus zu verurteilen. Auf die Treibereien dieser Organisation ist es zurückzuführen, daß die Gehaltsverhandlungen für Arbeiter und Beamte getrennt vorgenommen werden. So daß der große Einfluß des ADB nicht mehr zur Geltung kommt. Dieser Beamtenbund hat sich auch sonst in trückerischer Weise gegen die elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge vorgangen. Es ist nur zu bedauern, daß noch so viele Beamten dieser Organisation angehören. Die Beamenschaft muß sich endlich einmal von dem alten uniformierten Beamtengeist freimachen. Sie muß die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen und sich in einer einheitlichen, freigewerkschaftlichen Bewegung zusammenschließen. Die Versammlung nahm folgende Entschliessung gegen eine Stimme an:

Die Versammlung stellt mit Genugtuung fest, daß infolge des Protestes der großen Masse der Beamenschaft, insbesondere aber infolge der entschiedenen Abfuhr des ADB, die Beamenschaft zur

Durchführung einer Urabstimmung aufzurufen, das Reichsfinanzministerium zur Veränderung seiner Besoldungsneuregelung gezwungen werden ist. Sie begrüßt es ferner, daß der Hauptausschuß des Reichstages — obwohl die Regierungsparteien und die Kommunisten der sofortigen Ueberweisung der Besoldungsanträge an den Hauptausschuß widersprochen haben — dennoch entsprechend der Forderung des ADB, das Besoldungsrecht behandelt und von der Regierung die Zulage der Einführung einer neuen Vorlage erreicht hat.

Die Versammlung erwartet jedoch, daß die Veränderung eine wirkliche Aufbesserung der unerträglichen Lage der unteren und mittleren Besoldungsgruppen bringen wird. Die dazu erforderlichen Mittel müssen durch gerechte Erlassung der Gewinne an den Quellen der Produktion aufgebracht werden.

Auf jeden Fall fordert die Versammlung vom Reichstag, daß sie dem Reichsfinanzministerium die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Beamtenbesoldung entzieht.

Gewerkschaften. Als-Mitgliedererklärung am Donnerstag, 16. Juni, abends 8 Uhr, im Herbrandsaal, Bellevue-Str. 7/10, III. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Arbeiter zum neuen Konstituierungstag und das Ergebnis der Verhandlungen am 26. 6. u. 2. Bericht des Referenten über die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Wahlkämpfe der Reichsindustrie. Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr, „Kaiserhof“, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. Wichtigste Wahlkämpfe: Stellungnahme zur Entscheidung des Reichstages über die Wahlkämpfe zur Regelung der Wahlgesetze und Bericht über die Jungarbeiterbewegungen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird vollständige Erhellung erwartet. A. J. Retail-Karteil, Günther, Lang, Röhle.

Zentralrat der Zimmerer. Alle Verbandselemente werden hierdurch auf die am Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. Juni, in allen Bezirken stattfindenden Bezirksversammlungen aufmerksam gemacht. Alle Bezirksräte und Funktionäre haben die Pflicht, hierfür die größte Propaganda zu entfalten. Der Bezirk 4 tagt schon am Freitag, den 27. 6., bei Valentini, Kraußstraße 36. Der folgende Bezirk 20 (Karlshagen) bei Valentini, Röhde, Ecke Hauptstraße. Die Jungarbeiterkonferenz findet am Donnerstag, den 26. 6., abends 7 Uhr, im East V des Gewerkschaftshauses statt. Alle Bezirke müssen unbedingt vertreten sein. Der Vorstand.

Wirtschaft

Die Bankkrise in Oesterreich.

Aus Wien wird gemeldet: Der Vorstand der Allgemeinen Depositenbank, die in ganz Oesterreich insgesamt 60 Filialen und Zweigstellen mit etwa 1500 Angestellten beschäftigt, beschloß, den Antrag auf Eröffnung der Geschäftsaufsicht zu stellen, die heute erfolgen soll. Wie das „Neue Wiener Journal“ meldet, geschah der bereits gemeldete Schritt der fünf Großbanken, die Stützungsaktion nicht fortzusetzen, nach Verlegung des Finanzministers Riebenow und des Nationalbankpräsidenten Dr. Reich. Sofort nachdem die Großbankendirektoren ihre Mandate zurückgelegt hatten, gab auch der Leiter der Depositenbank, Direktor Ritscher, seine Demission. Die Blätter anerkennen, daß die Großbanken nicht anders handeln konnten, um sich nicht selbst in Gefahr zu bringen, geben aber gleichzeitig ihrem Bedauern Ausdruck, daß, nachdem von den Großbanken bereits Mittel verwendet worden seien, keine andere Lösung zu finden gewesen wäre, zumal, wie von einigen Seiten behauptet wird, die zuletzt vorgenommene genaue Prüfung der Bücher noch einen Ueberschuß der Aktiven über die Passiven von 20 Milliarden ergeben haben sollte. Die Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Gläubiger der Bank, wenigstens die Depotgläubiger und die Einleger, ihre volle Befriedigung finden werden, und daß die Banken, wenn sie auch jetzt formell zurückgetreten sind, sich mit allen Kräften bemühen werden, daß die Liquidation der Depositenbank möglichst glatt verlaufen werde.

Hauszinssteuer und Werkwohnungsbau.

In einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtage wurde Besondere darüber gefordert, daß aus dem Bereich des noch der preussischen Steuernotverordnung zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwendenden Teils des Aufkommens der Hauszinssteuer bisher an die Industrie noch keine Gelder zur Errichtung von Werkwohnungen gegeben worden seien. Auf die Frage, ob das Staatsministerium bereit sei, die hierzu für die Industrie liegende Härte zu mildern, erteilt der preussische Minister für Volkswohlfahrt nachstehende Antwort:

„Angeht die großen allgemeinen Wohnungsnot ist es bei der Beschränkung der aus der Hauszinssteuer aufkommenden und für den Wohnungsbau bestimmten Mittel nicht möglich, Wohnungen, die lediglich für Angehörige eines bestimmten Berufs bestimmt sind, mit öffentlichen Mitteln — zurzeit Hauszinssteuerhypotheken — zu unterstützen. Es sind im übrigen seit jeher, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen Ländern sogenannte Werkwohnungen von der öffentlichen Unterstützung grundsätzlich ausgeschlossen worden. Den Werken bleibt es jedoch unbenommen, dadurch für ihre Arbeiter und Angestellten zu sorgen, daß sie sich an Baugenossenschaften oder ähnlichen Organisationen beteiligen, welche unter Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlicher Hand neue Wohnungen errichten.“

Holland gegen die Tarifbegünstigung deutscher Häfen. Wie das Anstehender „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, sind die Verhandlungen zwischen den niederländischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnverwaltung über die Vorzugspreise für die nach oder über deutsche Nordhäfen beförderten Güter gescheitert. Das niederländische Außenministerium werde höchstwahrscheinlich in Berlin weitere Schritte unternehmen und eventuell unter Androhung der Einstellung der niederländischen Kredite an die deutsche Industrie die sofortige Aufhebung der internationalen Bevorzugung der deutschen Nordhäfen fordern oder die Vorteile der Vorzugspreise auch für die niederländischen Häfen beanspruchen.

Verantwortlich für: Verleger: Ernst Reuter; Vertriebsstelle: Verlagsgesellschaft für die Reichsgewerkschaften, Berlin, Unter den Eichen 10. Druck: Verlags- und Vertriebsstelle Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 10.

Welt billiger als im Laden
Trauringe
direkt ab Fabrik an Private
Massiv gold. Ring . . . 2,60 M.
985 gest. Ring 4,00
900 6,10
Schneider & Sohn
Französische Str. 15, II. in der Friedrichstr.

Frage:
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort:
Nur bei Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahn.)

Beilwäsche
Wäschestoffe
Leibwäsche
Tischwäsche
Profilierwäsche
Deckbettbezüge
Kopfkissen
Bettkissen
Inlette
Handtücher
Hemdenstücke
Damaste
Dimidi, Lianos
Zöchen, Nessel
Kaffeedecken
Küchentische
Tischtücher
Servietten
Wäsche fabrik
S. Einhorn
Neukölln
Hennrichstraße 31
s. d. Hermannstr.

10 Sonder-Tage!
Auf unsere sämtlichen offen ausgezeichneten billigen Preise gewähren wir vom 24. Juni bis einschl. 4. Juli einen
Rabatt von 20%
Alligator Lederwaren G. m. b. H.
Oranienstr. 45 (gegenüber Maaßen)

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte, Kilogr. usw. In der Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
in der Ludwigstr.
Qualitäts-Marken
100 Jahre Socialist
Conrad Müller,
Schkade-Lothar.
Marken-Zigaretten
billig bei
Herschdörfer
Rahmthalter Str. 50
Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Etage

„Wir haben uns tapfer geschlagen“
Jeder Parteigenosse findet die Statistiken der einzelnen Wahlkreise u. alles Wissenswerte im neuen Handbuch **Der deutsche Reichstag 1924**
Eine Mark
Fürbiger Umschlag • Über 100 Bilder
Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2